

Einleitung: Demokratie in der Krise – rechts- und sozialphilosophische Aspekte

Introduction: Democracy in Crisis – Philosophical Perspectives

NORBERT PAULO, SALZBURG / GRAZ & STEPHAN KIRSTE, SALZBURG

Zusammenfassung: Die gegenwärtige Debatte um die „Krise“ der Demokratie hat nach 2016 eingesetzt und steht in engem Zusammenhang mit dem politischen Populismus. Diese Einleitung zum Schwerpunkt „Demokratie in der Krise – rechts- und sozialphilosophische Aspekte“ weist darauf hin, dass in vielen wichtigen Beiträgen zu dieser Debatte sowohl unklar bleibt, was genau eigentlich Populismus ist, als auch, welches Demokratieverständnis vorausgesetzt wird. Dies ist besonders misslich, wenn der Begriff des Populismus in Abgrenzung von der Demokratie verstanden werden soll. Meist wird ein Spannungsverhältnis zwischen Populismus und demokratischer Repräsentation betont. Die Beiträge in diesem Schwerpunkt zeigen allerdings, dass diese Sichtweise zu eng ist. Es müssen verschiedene Legitimationsebenen auseinandergehalten werden. Auch ist das Verhältnis zwischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit komplexer, als viele Autor*innen annehmen. Ferner erweisen sich einige der hauptsächlich vertretenen Vorschläge, wie man der populistischen Herausforderung begegnen kann, als äußerst voraussetzungsreich.

Schlagwörter: Populismus; Demokratie; Krise; Postdemokratie; Rechtsstaat; Legitimation

Abstract: The current debate about the “crisis” of democracy has begun after 2016 and is closely related to political populism. This introduction to the special issue “Democracy in Crisis – Philosophical Perspectives” points out that in many important contributions to this debate it remains unclear both what exactly populism is and what understanding of democracy is assumed. This is particularly unfortunate when the concept of populism is to be understood in contrast to democracy. Usually a tension between populism and democratic representation is emphasized. However, the

*Alle Inhalte der Zeitschrift für Praktische Philosophie sind lizenziert unter
einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.*



contributions in this special issue show that this view is too narrow. Different levels of legitimacy must be distinguished. Also, the relationship between democracy and the rule of law is more complex than many authors assume. In addition, some of the main proposals on how to meet the populist challenge seem to make highly controversial assumptions.

Keywords: populism; democracy; crisis; rule of law; legitimation

Dieser Schwerpunkt ist der „Demokratie in der Krise“ gewidmet, wobei der Begriff „Krise“ in seiner Doppelbedeutung zu verstehen ist: Eine Krise kann in positiver wie negativer Hinsicht auf einen Wendepunkt hinweisen. Sie kann also auch eine Möglichkeit sein, den problematischen *Status quo* zu verbessern. Spätestens seit Colin Crouch (2008) dominiert allerdings das negative Krisenverständnis. Für ihn geht die Demokratie aus der Krise als „Spektakel“ der nur noch formalen „Postdemokratie“ hervor. Nach dem Brexit-Referendum und der Wahl Donald Trumps im Jahr 2016 ist eine neue Debatte aufgekommen, in der erneut mantraartig der Untergang der Demokratie beschworen wird. Bei David Runciman „endet“ die Demokratie (2018), bei Yascha Mounk „zerfällt“ sie (2018a). Steven Levitsky und Daniel Ziblatt zeigen in etlichen Fallstudien „Wie Demokratien sterben“ (2018). Die Krise der Demokratie, die diese und andere Autor*innen vor Augen haben, wird durch den politischen Populismus ausgelöst oder jedenfalls verstärkt.

Nun ist freilich nicht nur unklar, was genau dieser neue politische Populismus eigentlich ist (für einen Überblick siehe Mudde und Rovira Kaltwasser 2019; für Details siehe Rovira Kaltwasser u. a. 2017). Unklar bleibt in vielen Beiträgen auch, welches Demokratieverständnis die Autor*innen haben. Sie scheinen jedenfalls nicht von Crouchs Postdemokratie auszugehen, deren Untergang kaum zu bedauern wäre. Diese Unklarheiten sind besonders misslich, wenn der Begriff des Populismus in Abgrenzung von der Demokratie erläutert wird. So hat etwa Jan-Werner Müller den Populismus als moralischen Alleinvertretungsanspruch expliziert: Zentral sei „der dezidiert moralische Anspruch, dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten; alle anderen vermeintlichen Repräsentanten der Bürger seien auf die eine oder andere Art illegitim. Insofern reklamieren Populisten nicht so sehr den Satz ‚Wir sind das Volk‘ für sich, ihre Botschaft lautet vielmehr: ‚Nur wir vertreten das Volk‘“ (2016, 44, Hervorhebung im Original). Das Besondere am Populismus sei also sein Antipluralismus, was Müller als „der Tendenz

nach zweifelsohne antidemokratisch“ versteht (2016, 14), ohne jedoch sein Demokratieverständnis genauer zu erläutern.

Bereits einige Jahre zuvor hat Nadia Urbinati auf einen ähnlichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Populismus hingewiesen: „[P]opulism is more than a historically contingent phenomenon. Populism pertains to the very interpretation of democracy. [B]oth the character and the practice of populism underline, and more or less consciously derive from, a vision of democracy that can become deeply inimical to political liberty insofar as it defers the political dialectics among citizens and groups, revokes the mediation of political institutions, and maintains an organic notion of the body politic. The ideology of populism displaces equality for unity and thus opposes social and political pluralism.“ (1998, 110)

So gesehen fügt sich nicht erst die Kritik am Populismus, sondern schon sein Verständnis in eine lange Tradition der Überlegungen zur Repräsentation in der Demokratie ein. Erinnerung sei hier nur an John Stuart Mill, der die Repräsentation u. a. als geeignetes Mittel ansah, nicht das gesamte Volk über politische Fragen mitentscheiden zu lassen, sondern dies den dazu besonders Befähigten vorzubehalten (2013). Aufgrund ähnlicher Überlegungen zur eher mangelhaften Befähigung der „normalen“ Bürger*innen, sich sinnvoll an politischen Entscheidungen zu beteiligen, forderte jüngst Jason Brennan (2017) gleich die Abschaffung der Demokratie zugunsten einer Epistokratie. Im Gegensatz dazu verorten andere das Hauptproblem der Demokratie nicht in fehlender Bildung oder zu leichter Beeinflussbarkeit der Bürger*innen, sondern darin, wie die Idee der Repräsentation in modernen Demokratien verstanden wird. So fordert David van Reybrouck (2016) zwar nicht die Abschaffung der Demokratie, aber immerhin eine Abkehr von der Repräsentation zugunsten von Formen direkter Beteiligung der Bürger*innen.

Dieser Zusammenhang zwischen Populismus und repräsentativer Demokratie ist natürlich interessant und untersuchenswert. Der vorliegende Schwerpunkt nimmt allerdings einige Aspekte der Demokratie und ihrer vermuteten Krise in den Blick, die in der sonstigen Debatte nur wenig Beachtung finden. Es handelt sich dabei insbesondere um rechts- und sozialphilosophische Aspekte. Überhaupt ist festzustellen, dass die Debatte um den Populismus und um die damit verbundene Krise der Demokratie fast ausschließlich von Politikwissenschaftler*innen geführt wird. Philosophische Einlassungen zu diesen Themen sind (noch) rar. Dieser Schwerpunkt ist ein erster Versuch, einige grundlegende philosophische Hintergrundannahmen transparent zu machen, die die bisherige Debatte meist nicht thematisiert.

Sabrina Zucca-Soest erinnert in ihrem Beitrag daran, dass die Rede von einer Krise der Demokratie sehr voraussetzungsreich ist, sind die Debatten doch eingebettet in grundlegende Fragen der Legitimation gesellschaftlicher Ordnungen, die unter den Bedingungen der Moderne notorisch schwer zu beantworten sind (Habermas 1973). Mit Habermas macht Zucca-Soest die Legitimationskrisen der demokratischen Staaten infolge der Depolitisierung durch die Globalisierung für die Verbreitung von Rechtspopulismus verantwortlich. Sie unterscheidet zwischen der faktischen und der theoretischen Legitimitätserzeugung, die auseinandergehalten werden müssen, will man ein Krisenphänomen diagnostizieren. Viele der oben angeführten Beiträge zur jüngeren Debatte zur Krise der Demokratie angesichts des politischen Populismus blicken ausschließlich auf die faktische Legitimitätserzeugung. Sie verlieren damit, so Zucca-Soest, zentrale systematische und normative Zusammenhänge aus dem Blick. Die Autorin plädiert dafür, diese Zusammenhänge wieder verstärkt zu thematisieren.

Auch *Stephan Kirste* weist in seinem Beitrag darauf hin, dass Populismus und Demokratie nicht allein oder primär über die Repräsentation verbunden sind. Der Rechtsstaat gibt der Demokratie die Form, die sie benötigt, um in ihren Verfahren die Legitimation auch für das Recht selbst in Freiheit entwickeln zu können. Vor diesem Hintergrund kann der politische Populismus nicht nur als Gefahr für die Demokratie oder den Rechtsstaat gesehen werden, sondern als eine für das dialektische Verhältnis zwischen beiden. Populismus, der antritt, mehr Demokratie zu bringen, schafft im Ergebnis weniger an konstitutioneller Demokratie und gefährdet so die Freiheit, die beide zur Entfaltung bringen sollen.

Während also die Beiträge von Zucca-Soest und Kirste einen schärferen Blick darauf ermöglichen, was eigentlich Legitimitätsbedingungen der Demokratie sind, und so helfen, genauer zu untersuchen, was für diese Bedingungen tatsächlich als Herausforderung oder gar als Krise verstanden werden kann, stellen die Beiträge von Lando Kirchmair und Ulrich Metschl Diskussionen dessen dar, was wir oben als die Möglichkeit angesprochen haben, den *Status quo* zu verbessern. Beide Beiträge stehen exemplarisch für die Schwierigkeit der angemessenen Gestaltung der Demokratie angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen.

Kirchmair diskutiert die demokratische Legitimität vor dem Hintergrund der Rechtsstaatlichkeitskrise der Europäischen Union. Ein wichtiges Element der Rechtsstaatlichkeit ist die Gewaltenteilung, deren Ausgestaltung sich zwischen den Staaten erheblich unterscheiden kann. Kirchmair greift

einen Vorschlag von Christoph Möllers zur transnationalen Gewaltengliederung auf (Möllers 2005). Transnationales Recht steht über dem nationalen Recht, kann also genutzt werden, um nationales Recht zu korrigieren. Wenn sich einzelne Mitgliedsstaaten etwa „populistische Verfassungen“ (Müller 2016, 77–83) schaffen, die die transnationale Gewaltengliederung verletzen, kann dies korrigiert werden. Kirchmairs Diskussion zeigt beispielhaft, wie komplex der von Kirste aufgezeigte dialektische Zusammenhang zwischen Rechtsstaat und Demokratie ist, stellt doch die Gewaltengliederung nach Möllers (2005, 40–65) die organisatorische Verknüpfung von Demokratie und Rechtsstaat dar, die als Blaupause für alle unterschiedlichen nationalen Ausgestaltungen gelten soll.

Metschl zeigt in beachtlicher Detailtiefe, was Zucca-Soest als unterschiedliche Legitimitätserzeugungsmechanismen bezeichnet hat. Ähnlich wie die Frage, wer in der Demokratie eigentlich zum Demos gehört (siehe nur Scherz 2013), sind auch die Kriterien, mit denen man die demokratische Mehrheit bestimmt, zunächst nicht demokratisch ermittelbar. Die meisten tatsächlich genutzten Wahlverfahren haben Schwächen. Mitunter ist bspw. die Nichtabgabe der Stimme besser geeignet, das gewünschte Ergebnis zu erzielen, als die Abgabe der Stimme. Auch kann ein höherer Stimmanteil zu geringerer Repräsentation führen. Vor dem Hintergrund dieser bekannten Schwächen untersucht *Metschl* präferentielle Wahlverfahren, also solche, die das Wahlergebnis auf Grundlage der vollständigen Präferenzen der Akteur*innen ermitteln. Eine Kernfrage lautet, ob es Wahlverfahren gibt, die besonders geeignet sind, Konsens zu ermöglichen, und so einer weiteren Polarisierung der Bevölkerung zu begegnen. Er sieht hierin ein bislang zu Unrecht vernachlässigtes Betätigungsfeld der politischen Philosophie.

Den Abschluss dieses Schwerpunkts bildet ein Beitrag von *Volker Kaul*. Dieser Beitrag schlägt gewissermaßen den Bogen zurück zur Diskussion des politischen Populismus. Er kritisiert verschiedene liberale Vorschläge in der Populismusdebatte, wie auf die Herausforderungen des Populismus für die Demokratie zu reagieren sei. Gegenüber Müller (2016) betont Kaul, dass eine Stärkung des Pluralismus nicht die Lösung sein könne, weil es genau der liberale Pluralismus sei, der dem Populismus den Boden bereite. Andere schlagen deswegen eine neue Art von Patriotismus vor, nämlich einen liberalen Patriotismus (siehe etwa Mounk 2018b; Lilla 2017). Die Hoffnung ist, den wieder relevant gewordenen Wert der Nation in eine grundsätzlich liberale Theorie zu integrieren. Kaul zeigt, dass das nicht gelingen kann und dass die einzige Möglichkeit, den Wert der Nation zu integrieren,

ohne dabei in Nationalismen zu verfallen, in klassischen kommunitaristischen Theorien bestehe, die gerade in Abgrenzung zum Liberalismus entwickelt worden seien.

Literatur

- Brennan, Jason. 2017. *Gegen Demokratie: Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*. Übersetzt von Stephan Gebauer. Berlin: Ullstein.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Übersetzt von Nikolaus Gramm. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen. 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. 14. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Levitsky, Steven, und Daniel Ziblatt. 2018. *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*. Übersetzt von Klaus-Dieter Schmidt. 7. Aufl. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Lilla, Mark. 2017. *The Once and Future Liberal: After Identity Politics*. New York: Harper.
- Mill, John Stuart. 2013 [1861]. *Betrachtungen über die Repräsentativregierung*. Herausgegeben von Hubertus Buchstein und Sandra Seubert. Übersetzt von Hannelore Irle-Dietrich. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Möllers, Christoph. 2005. *Gewaltengliederung: Legitimation und Dogmatik im nationalen und internationalen Rechtsvergleich*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Mouk, Yascha. 2018a. *Der Zerfall der Demokratie: Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*. Übersetzt von Bernhard Jendricke. 2. Aufl. München: Droemer HC.
- . 2018b. *The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*. Cambridge, MA; London: Harvard University Press.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser. 2019. *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Übersetzt von Anne Emmert. Bonn: Dietz, J H.
- Müller, Jan-Werner. 2016. *Was ist Populismus?* Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Reybrouck, David van. 2016. *Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*. Übersetzt von Arne Braun. Göttingen: Wallstein.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal, Paul Taggart, Paula Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy, Hrsg. 2017. *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford; New York: OUP Oxford.
- Runciman, David. 2018. *How Democracy Ends*. London: Profile Books.
- Scherz, Antoinette. 2013. „The Legitimacy of the Demos: Who Should Be Included in the Demos and on What Grounds?“ *Living Reviews in Democracy* 4: 1–14.
- Urbinati, Nadia. 1998. „Democracy and Populism“. *Constellations* 5 (1): 110–24. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.00080>.